

Staatliche Ausgaben unter Beschuss

BUNDESFINANZEN Der Bundesrat will die Ausgaben drosseln. Am stärksten betroffen sind die Entwicklungshilfe und die Bildung. Auf Kritik stossen aber auch geplante Kürzungen in anderen Bereichen.

LUKAS LEUZINGER
lukas.leuzinger@luzernerzeitung.ch

Der Bund muss den Gürtel enger schnallen: Insbesondere infolge der Frankenstärke brechen Steuereinnahmen weg, und um den Haushalt im Gleichgewicht zu halten, muss bei den Ausgaben angesetzt werden. 2016 will der Bundesrat die Ausgaben auf dem Niveau des laufenden Jahres halten und damit 4 Milliarden Franken weniger ausgeben als ursprünglich geplant. Auch in den drei Jahren darauf sollen die Ausgaben im Vergleich zum Finanzplan tiefer ausfallen, und zwar um rund 1 Milliarde pro Jahr.

Dass sich die Regierung damit keine neuen Freunde schaffen würde, war klar. Gestern nun hat sie dargelegt, in welchen Bereichen sie im Rahmen des «Stabilisierungsprogramms 2017-2019» den Rotstift ansetzen will – und erwartungsgemäss Kritik von allen Seiten geerntet.

Weniger Geld für Entwicklungshilfe

In absoluten Zahlen am stärksten wird die Entwicklungshilfe zurückgebunden. Für die internationale Zusammenarbeit will der Bundesrat 2017 bis 2019 insgesamt fast 600 Millionen Franken weniger ausgeben als ursprünglich vorgesehen. In ähnlichem Ausmass betroffen ist der Bereich Bildung, Forschung und Innovation. Die Regierung will aber auch beim Bundespersonal und den Verwaltungsausgaben ansetzen. Im Jahr 2017 soll der Personalaufwand auf 5,5 Milliarden Franken begrenzt werden, 40 Millionen weniger, als im Budget 2016 vorgesehen sind. Insgesamt sollen im «verwaltungseigenen Bereich» rund 340 Millionen Franken weniger ausgegeben werden.

Ausgaben wachsen weiter

Trotz des Stabilisierungsprogramms wachsen die Bundesausgaben indes weiter – zwischen 2015 und 2019 um durchschnittlich 2,7 Prozent. Das hinderte die SP gestern nicht daran, in einer Mitteilung das «Abbauprogramm» des Bundesrats anzuprangern, mit welchem die Regierung Staatsaufgaben «strei-



Internationale Zusammenarbeit **-586,9**

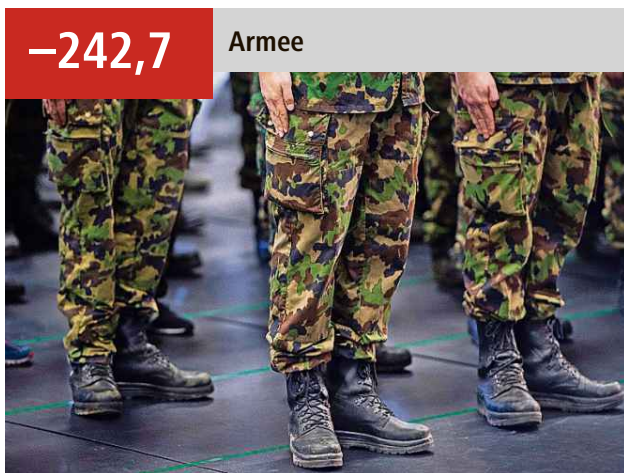


Bildung, Forschung, Innovation **-555,3**

Einsparungen provisorischer Finanzplan 2017-2019 in Mio. Schweizer Franken



Landwirtschaft **-255,5**



Armee **-242,7**



«Die Bauern haben schon einen Riesenbeitrag zur Stabilisierung geleistet.»

MARKUS RITTER,
PRÄSIDENT DES
BAUERNVERBANDES

chen» wolle. Während bei der Entwicklungshilfe und der Bildung gespart werde, kämen die «Steckenpferde der Rechten» – Landwirtschaft und Armee – vergleichsweise glimpflich davon.

Das sehen die Bauern freilich anders. Sie sind mit den Einsparungen von rund 70 bis 100 Millionen Franken pro Jahr bei der Landwirtschaft «überhaupt nicht einverstanden», wie der Präsident des Bauernverbandes, Markus Ritter, auf Anfrage sagte. Die Zahlen hatte der Bundesrat schon Anfang Monat beim Entscheid über den landwirtschaftlichen Zahlungsrahmen bekannt gegeben. Dagegen wollen die Bauern heute in Bern auf die Strasse gehen.

Ritter weist darauf hin, dass die Landwirtschaft einer der wenigen Bereiche ist, in denen der Bund nicht nur weniger ausgeben will als geplant, sondern tatsächlich sparen will (dazu zählt auch die Entwicklungshilfe, wo die Ausgaben 2017 bis 2019 leicht zurückgehen werden). Bereits in der jüngeren Vergangenheit seien die Ausgaben für die Land-

wirtschaft stabil geblieben und ihr Anteil an den Gesamtausgaben gesunken, betonte Ritter. «Die Bauern haben schon einen Riesenbeitrag zur Stabilisierung geleistet.»

Linke will bei Einnahmen ansetzen

Die Gewerkschaften machen ihrerseits gegen die geplanten Reduktionen beim Bundespersonal mobil. Der Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) spricht in einer Mitteilung von einer «unnötigen Sparkeule». Die Bundesbeamten seien bereits von laufenden Sparmassnahmen betroffen. Weitere Einsparungen würden zu einer «massiv höheren Belastung des bestehenden Personals» führen. Weiter kritisiert der VPOD, dass ab 2018 bei der Invalidenversicherung sowie bei den Prämienverbilligungen weniger ausgegeben werden soll.

Die Linke sieht die drohenden Defizite im Bundeshaushalt in erster Linie als Einnahmenproblem. Die Bevölkerung zahle «die Zeche für Steuerge-

chenke an Unternehmen», schreibt der VPOD und bezieht sich dabei auf die geplante Unternehmenssteuerreform III, die in der Wintersession in den Ständerat kommt.

Geringe Kürzungen bei der Armee

Bei der Armee will der Bundesrat 2017 gegenüber den ursprünglichen Plänen um rund 130 Millionen Franken weniger ausgeben. In den folgenden Jahren reduziert sich der Betrag auf 80 Millionen (2018) und schliesslich auf 30 Millionen Franken (2019). Dass beim Militär vergleichsweise wenig gekürzt wird, begründet der Bundesrat mit der geplanten Armeereform, die derzeit im Parlament hängt ist.

«Es kann nicht sein, dass nur im Inland gespart wird.»

ALBERT VITALI,
FDP-NATIONALRAT (LU)

Der Luzerner FDP-Nationalrat Albert Vitali ist grundsätzlich einverstanden mit der Stossrichtung des Bundesrats. Die Kürzungen bei der Entwicklungshilfe seien richtig. «Es kann nicht sein, dass nur im Inland gespart wird», sagte er gegenüber unserer Zeitung. Gleichzeitig warnte er davor, in der Landwirtschaft die Sparschraube zu stark anzuziehen. Die Bauern befänden sich wegen des tiefen Milchpreises bereits in einer schwierigen Situation. Zudem sei für sie eine gewisse Verlässlichkeit wichtig.

Defizit trotz Reduktionen

Auch mit dem geplanten Stabilisierungsprogramm werden die Ausgaben des Bundes in den Jahren 2017 bis 2019 die Einnahmen übersteigen. Der Bundesrat warnte gestern denn auch, die Vorgaben der Schuldenbremse könnten nur dann eingehalten werden, wenn die Einsparungen nicht durch neue Mehrausgaben zunichtegemacht würden. «Daher ist in den nächsten Jahren eine zurückhaltende Ausgabenpolitik angezeigt», schrieb die Regierung. «Neue Vorhaben oder ein Ausbau bei bestehenden Leistungen sind nur mit einer angemessenen Gegenfinanzierung möglich.»

Albert Vitali glaubt, dass das Stabilisierungsprogramm zu einer «Herausforderung für das Parlament» werde. «Wichtig ist, dass die Massnahmen ausgeglichen sind», sagte er. Letztlich komme das Parlament wegen der Schuldenbremse aber gar nicht darum herum, die Ausgaben zu reduzieren.

ANZEIGE

Wochenend-Knaller!

Gültig am Freitag + Samstag

20%

auf alle Weine und Lindt-Produkte* – auch auf bestehende Aktionspreise!

Gültig in allen Denner Verkaufsstellen, unter www.denner-wineshop.ch und in der Denner App.

*ausgenommen Schaumweine und Bordeaux Grands Crus 2013. Nicht mit Gutscheinen, Boni und Rabatten bei Neueröffnungen und Weinmessen kombinierbar. Solange Vorrat.

5.49

statt 11.-*

Australien, ca. 800 g, per 100 g

67.-

statt 73.-*

Red Label, Blue Label, Forward, Silver Blue Label. Box, 10 x 20 Zigaretten.

6.- sparen

Auch als Einzelpackung erhältlich! 6.70 statt 7.30*

Weil es für die Liebsten ist.

*Konkurrenzvergleich

Aktionen gültig am Freitag, 27. und Samstag, 28. November 2015 / solange Vorrat / Druck- und Satzfehler vorbehalten / jetzt abonnieren: www.denner.ch/newsletter

Einer für alle **DENNER**